

Ostdeutsche zwischen Protest und autoritären Reaktionen: das Beispiel Sachsen¹

Susanne Rippl & Christian Seipel

Zusammenfassung: Ausgangspunkt des Beitrages ist die Frage, was die Motive der „besorgten Bürger*innen“, die sich in den neuen rechtspopulistischen Bewegungen sammeln, tatsächlich sind. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Situation in Sachsen gelegt – ein Bundesland, das immer wieder im Fokus rechtspopulistischer Aktivitäten steht. Bezogen auf die Selbstbeschreibung „Ich bin doch kein Nazi“, werden drei Hypothesen hinsichtlich der Motivation der besorgten Bürger*innen geprüft. Zum einen die „Defizithypothese“, die die Unzufriedenheit mit wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen als Hauptursache der Mobilisierung benennt, zum anderen die „Ideologiehypothese“, hier werden verfestigte autoritäre, rechtsextreme Weltbilder als Hauptmotiv lokalisiert. Im Kontext der dritten Hypothese wird versucht, den Einfluss ostdeutscher „Besonderheiten“, der sich in den empirisch immer wieder aufgefundenen Ost/West-Unterschieden manifestiert, zu „dekonstruieren“. Es wird vermutet, dass neben Protestmotiven, die sich auf wahrgenommene wirtschaftliche und politische Defizite beziehen, insbesondere autoritäre Reaktionen eine wichtige Rolle spielen. Die Hypothesen werden mit Daten des Sachsen-Monitors von 2017 überprüft.

Schlüsselbegriffe: Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Autoritarismus, Deutschland, Sachsen, besorgte Bürger

Summary: The article investigates the motivation of the so-called „worried citizens“, who follow the new right populist movement in Germany. The article focuses the situation in Saxonia. Referring to the self-description of the „worried citizens“, „I am not a Nazi“ we investigate three hypotheses. The „deficit hypothesis“, which concentrates on the economic and political inconfidence as main reason for the mobilization. The „ideology hypothesis“ focuses on stable authoritarian, rightwing worldviews as central motivation. In the context of the third hypothesis the text tries to „de-construct“ the influence of East German deprivation experiences – it is assumed that protest against economic and political deficits and authoritarian worldviews are important predictors and trigger authoritarian reactions. We test these hypotheses using data from a survey in Saxonia 2017 (called Sachsen-Monitor). We find evidences for all three hypotheses. It becomes clear, that not only worries are relevant for the rightwing mobilization but that authoritarian world views have a decisive function.

Title: East Germans between protest and authoritarian reactions: the case Saxonia

Keywords: populism, rightwing extremism, authoritarianism, Germany, East Germany, Saxonia, worried citizens

1 Wir danken den Herausgeber*innen und zwei anonymen Gutachter*innen für wertvolle Hinweise.

1 Einleitung

Spätestens seit den Ereignissen von Chemnitz² wird die Frage, wer denn eigentlich die besorgten Bürger*innen sind, lauter gestellt. Bei den Demonstrationen liefen „besorgte Bürger*innen“ Seite an Seite mit Hooligans und Nazis, die offen den Hitlergruß zeigten und rechtsextreme Parolen skandierten. Ähnlich schockierend waren die Bilder vom Pegida-Aufmarsch in Dresden, wo Teilnehmer*innen „Absaufen, Absaufen“³ brüllten, nachdem ein Redner abfällig über ein Rettungsschiff im Mittelmeer berichtet hatte. Die Sympathisant*innen von Pegida, wie auch die Demonstrant*innen von Chemnitz, stellen sich selbst als normale, besorgte Bürger*innen aus der Mitte der Gesellschaft dar, deren Protest sich insbesondere am Thema der Zuwanderung entzündet. Sie distanzieren sich in ihrer Selbstbeschreibung von der Zuschreibung, ein „Nazi“ zu sein. Doch inwieweit trifft diese Selbstbeschreibung zu? Wer sind die Unterstützer*innen rechtspopulistischer Bewegungen? In der vorliegenden Studie wird der Blick nicht auf die zahlenmäßig eng umgrenzte Gruppe der Demonstrierenden oder AfD-Wähler*innen gerichtet – die bisher im Fokus der Analysen standen –, sondern auf den größeren Kreis von Personen, die Besorgnisse hinsichtlich der Zuwanderung äußern und gar von „Überfremdung“ sprechen. In Sachsen ist das mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung⁴, bei einem Ausländeranteil von ca. 5 Prozent. Dem Begriff „besorgte Bürger*in“ liegt keine klare wissenschaftliche Definition zugrunde, er ist der alltäglichen und medialen Kommunikation im Kontext des Rechtspopulismus entnommen. Zum einen ist es eine Selbstcharakterisierung von Menschen, die bei Pegida demonstrieren oder die AfD wählen, verbunden mit der Selbstbeschreibung: Wir sind keine Nazis, wir sind nur besorgte Bürger*innen. Zum anderen ist er eine Kurzform im alltäglichen Gebrauch, um diese nicht klar definierte Gruppe undifferenziert zu benennen. Neben der Gruppe der Demonstrierenden oder der AfD-Wähler*innen ist der medial genutzte Begriff weitergesteckt. Er umfasst eine Gruppe von Personen, die sich Sorgen machen – konkreter, die sich Sorgen im Kontext der Zuwanderung von Flüchtlingen macht und sich negativ gegenüber dieser Zuwanderungsbewegung positioniert. Die Zuwanderungsthematik kann als zentraler Schnittpunkt für diese heterogene Gruppe gelten.

Im Rückgriff auf aktuelle Erklärungsansätze wird der Frage nachgegangen, inwieweit die Einstellungen der sogenannten „besorgten Bürger*innen“ das Resultat einer Protesthaltung gegen die Folgen von Modernisierungsprozessen sind – inwieweit Gefühle der politischen Machtlosigkeit oder des wirtschaftlichen „Abgehängt-Seins“ die Sympathie für rechtspopu-

2 Nach einem Tötungsdelikt, an dem Asylbewerber beteiligt waren, zogen am 26. August 2018 ca. 800 wütende Menschen – viele davon offenkundig rechtsextreme Hooligans und Nazis – durch die Innenstadt von Chemnitz, bedrohten und jagten Menschen mit ausländischem Aussehen, brüllten Sprüche wie „für jeden toten Deutschen ein toter Ausländer“, ohne dass die Polizei die Situation kontrollieren konnte (Dokumentiert: Der 26. August in Chemnitz, in: „Freie Presse“ 09/2018, <https://www.freiepresse.de/chemnitz/dokumentiert-der-26-august-in-chemnitz-artikel10306546>). Am 27. August 2018 folgte eine Demonstration mit ca. 8.000 Teilnehmer*innen, mit einem hohen Anteil erkennbarer Neonazis, der Hitlergruß wurde offen gezeigt, nach Ende der Demonstration zogen wiederum 100 verummumte, gewaltbereite Personen weitgehend unkontrolliert durch die Chemnitzer Innenstadt „Ausländer suchen“, wie es im Polizeibericht heißt. Nach einem Todesfall in Köthen am 9. September 2018 gab es in kurzer Zeit erneut einen Demonstrationzug mit 2.500 Personen, wieder ist eine große Zahl einschlägig bekannter Neonazis anwesend, wieder werden verfassungsfeindliche Parolen skandiert (vgl. Thurm, Frida (2018). Aus Chemnitz gelernt. Zugriff am 08. Februar 2021 unter <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeit-geschehen/2018-09/koethen-demonstration-bernd-hauschild-chemnitz>).

3 Frankfurter Rundschau (2018). Anzeigen wegen „Absaufen“-Rufen bei Pegida. Zugriff am 08. Februar 2021 unter <https://www.fr.de/politik/anzeigen-wegen-absaufen-rufen-pegida-10969349.html>.

4 Sachsen-Monitor 2017.

listische Positionen bedingen. Eine alternative Erklärung bietet die Sichtweise, diese Haltungen als die Folge eines bereits vorhandenen umfassenderen autoritär geprägten Weltbildes einzuordnen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die spezifischen Kontextfaktoren in Ostdeutschland gelegt, die diese Prozesse offenbar verstärken. Die empirische Grundlage der Analyse bilden die Umfragedaten des Sachsen-Monitors von 2017.

2 Theoretischer Hintergrund

Rechtspopulismus ist zu einem Sammelbegriff für rechte Parteien und Bewegungen in der ganzen Welt geworden. Was darunter gefasst wird, ist sehr unterschiedlich. Eine klare Abgrenzung zum Begriff des Rechtsextremismus wird nicht gezogen. Dieser Mangel an Grenzziehung/Differenzierung spiegelt die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse in der Wahrnehmung des Phänomens wider. Die Präsenz rechter Akteure und deren Themen ist im öffentlichen Diskurs deutlich gestiegen. Damit verbunden ist eine Verschiebung dessen, was „normal“ erscheint (Heitmeyer 2018; Salzborn 2017; Gessenharter 2017). Entsprechend aufgeweicht ist die Trennlinie zwischen einem gesellschaftlich gerade noch akzeptierten Rechtspopulismus⁵ und einem nicht mehr akzeptierten Rechtsextremismus. In Deutschland ist eine solche Grenze durch die Referenz auf die Prinzipien des Grundgesetzes strafrechtlich festgeschrieben.⁶ Wichtige Merkmale, die eine Überschreitung dieser Trennlinie kennzeichnen und den Übergang zum Rechtsextremismus markieren, sind somit die Infragestellung der pluralistischen Parteiendemokratie durch ein völkisch autoritäres Gesellschaftsmodell, rassistische Weltbilder, die die Würde des Einzelnen infrage stellen, die Verleugnung oder Verherrlichung der Verbrechen der NS-Diktatur oder die Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Diese Trennlinien wurden und werden durch die AfD und andere Akteure des rechten Spektrums (Pegida, Identitäre Bewegung, ProChemnitz etc.) mehrfach und in zunehmendem Maß gezielt überschritten (Gessenharter 2017). Neben personellen Überschneidungen in Bereiche des vom Verfassungsschutz beobachteten Rechtsextremismus sind entsprechende verbale Äußerungen in großem Maße dokumentiert.⁷ Die AfD hat sich seit ihrer Gründung kontinuierlich radikalisiert und wird von einer Vielzahl von Autor*innen inzwischen – zumindest in Teilen – als rechtsextrem eingestuft (Niedermayer 2017; Pfahl-

5 Der Begriff Rechtspopulismus wird in Deutschland inzwischen teilweise synonym mit dem Begriff des Rechtskonservatismus verwendet. Streng genommen wird durch den Begriff des Populismus allerdings nur eine Mobilisierungspraxis gekennzeichnet, die nichts über den Extremismus der politischen Richtung aussagt (Lewandowsky 2017; Diehl 2018).

6 Der Verfassungsschutz spricht in Ableitung vom Begriff der wehrhaften Demokratie von Rechtsextremismus, wenn die Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verletzt werden (Glossar Rechtsextremismus: www.verfassungsschutz.de).

7 Ein Gutachten, das die AfD selbst bei einem Staatsrechtler in Auftrag gegebenen hat, um der Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu entgehen, kommt zu diesem Schluss (Süddeutsche Zeitung (2018). Eigenes Gutachten bringt AfD in Bedrängnis. Zugriff am 08. Februar 2021 unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-verfassungsschutz-gutachten-1.4195348>). In Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und in Sachsen wird die AfD von den jeweiligen Verfassungsschutzbehörden als Verdachtsfall eingestuft. Das Bundesamt für Verfassungsschutz prüft derzeit, ob die gesamte AfD, die in ihrer Gesamtheit bislang als Prüffall eingestuft ist, künftig als Verdachtsfall gelten soll (Zeit Online (2021). AfD Sachsen ist Verdachtsfall für Verfassungsschutz. Zugriff am 08. Februar 2021 unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-02/adf-sachsen-verfassungsschutz-verdachtsfall-rechtsextremismus>).

Traugher 2018; Heitmeyer 2018). Der „Schulterschluss“ von Chemnitz⁸ hat diese Entwicklung deutlich dokumentiert.

Offen ist die Frage, inwieweit und in welchem Ausmaß die Wähler*innen und Sympathisant*innen der AfD ebenfalls diesem Spektrum zugerechnet werden müssen. Die Erklärungsansätze, die Motive der Anhänger*innen rechter Bewegungen beleuchten, benennen häufig das Motiv einer „Protestwahl“, die sich aus der Unzufriedenheit mit wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklungen einer sich rapide verändernden Gesellschaft ergibt. Vereinfacht zusammengefasst, so die Annahme, wenden sich wirtschaftlich, politisch und kulturell abgehängte, verunsicherte und frustrierte Personen rechten Bewegungen zu (Rippl/Seipel 2018; Lengfeld/Dilger 2018; Eribon 2016; Lilla 2017; Inglehart/Norris 2016; Dörre 2016; Nachtwey 2016; kritisch dazu Dowling/van Dyk/Graefe 2017). Verfestigte rechtsextreme Einstellungsmuster und autoritäre gesellschaftliche Leitvorstellungen werden dabei als Motive vernachlässigt. Insbesondere die wirtschaftlich und politisch argumentierenden Defizit-Ansätze favorisieren die Idee einer Hinwendung zu rechten Parteien als eine Art „Notwehr“ oder Protest gegen eine zunehmende wirtschaftliche Verunsicherung (Modernisierungsverlierer-These) bzw. Gefühle politischer Machtlosigkeit (Postdemokratie-These), ausgelöst durch neoliberale Politikregime und Globalisierungsschübe (Heitmeyer 2018; Jörke/Selk 2017; Rippl/Seipel 2018).

Der kulturell argumentierende Erklärungsstrang (Cultural Backlash-These, Inglehart/Norris 2016; Lilla 2017) rekurriert auf die Folgen des rapiden Wertewandels der letzten Jahrzehnte. Der Wertewandel hin zu einer offenen, pluralistischen Gesellschaft – so die These – habe zu einer kulturellen Spaltung der Gesellschaft geführt, da ein Teil der Bevölkerung von diesen Diskursen (z. B. Genderdebatte, Rechte für Homosexuelle, Multikulturelle Gesellschaft) abgehängt sei und am Ideal einer geschlossenen und weitgehend homogenen Gesellschaft weiterhin festhalte. Die Überforderung durch einen rapiden kulturellen Wandel kann zum einen als Orientierungskrise aufgefasst werden, die zu Protestverhalten führt. Das Festhalten an traditionellen gesellschaftlichen Leitbildern bietet, mit der Ausrichtung auf ein geschlossenes Gesellschaftsmodell, mit einem völkisch-homogenen Bevölkerungsideal und klaren Rollenverteilungen, z. B. zwischen Männern und Frauen, zum anderen aber auch klare Schnittstellen zu rechtsextremen Politikprogrammen. Die grundlegende Ablehnung der Grundprinzipien einer offenen Gesellschaft könnte somit ebenso das Hintergrundmotiv sein. Die Motivlagen der sogenannten „besorgten Bürger*innen“ können vor dem Hintergrund dieser Erklärungsansätze somit von Protestverhalten bis zu genuinem Rechtsextremismus (Dowling/van Dyk/Graefe 2017) bzw. autoritärem Nationalismus (Heitmeyer 2018) im Sinne von verfestigten Weltbildern reichen. Im Kontext der sozialen Wandlungsprozesse der letzten Jahrzehnte, können Ängste gegenüber Fremden Ausdruck verschiedener Mechanismen sein. Fremde können zum einen als Projektionsfläche für Gefühle der Verunsicherung (Heitmeyer 2018) fungieren, zum anderen kann die Ablehnung Fremder aber auch auf völkisch, autoritären Weltbilder basieren. Folgende konkurrierende Hypothesen lassen sich daraus ableiten:

H1 Defizit-Hypothese: Besorgnisse haben ihre Ursache primär in wirtschaftlichen Verunsicherungen und Gefühlen des politischen Kontrollverlustes.

8 Damit ist der gemeinsame Auftritt rechtspopulistischer und rechtsextremer Akteure (AfD, ProChemnitz, Pegida, Identitäre, Götz Kubitschek, als Vertreter des intellektuellen Zweigs der Neuen Rechten, öffentlich bekannter Personen der deutschen Neonazi- und Hooliganszene) in Chemnitz bei einer Demonstration – dem sogenannten „Trauermarsch“ am 1.9.2018 – gemeint.

Durch die Projektion der Gefühle von Verunsicherung und Kontrollverlust auf die Figur der Migrant*innen oder des Flüchtlings wird, z. B. durch die Forderung nach einer Schließung von Grenzen, scheinbar Kontrolle zurückgewonnen.

H2 Ideologie-Hypothese: Besorgnisse haben ihre Ursache in rechtsautoritären und menschenfeindlichen Weltbildern.

Anhand dieser Argumentationslinie werden Flüchtlinge und Migrant*innen per se als Bedrohung eines völkisch-homogenen Gesellschaftsideals gesehen. Das Ideal einer offenen Gesellschaft, verbunden mit der Akzeptanz multikultureller Lebensformen, wird aus weltanschaulichen, ideologischen Motiven abgelehnt.

3 Ostdeutsche Kontextbedingungen als Katalysatoren

Man kann die spezifische Situation Ostdeutschlands bei der Betrachtung des Phänomens nicht ausklammern, indem man auf den durchaus richtigen Fakt verweist, dass es sich um ein europaweites Problem handelt. Auch in Europa gibt es Unterschiede – deutlich schärfere Ausprägungen von Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und autoritären Bewegungen finden sich in den Transformationsgesellschaften Osteuropas. Ostdeutschland weist zum Teil Ähnlichkeiten zu diesen auf (Minkenberg 2017; Krastev; 2017 Gabriel 2008). Faktoren, die mit der DDR-Vergangenheit und der Nachwendezeit in Zusammenhang stehen, führen zu besonderen Kontextbedingungen. „Für Menschen aus der ehemaligen DDR, die zuvor in einem autoritär geschlossenen System mit mehr Sicherheit und weniger Freiheit gelebt hatten, fand 1989 eine Art Individualisierungsaufprall statt.“ (Heitmeyer 2018: 81) Hinzu kommen demografische Prozesse. Insbesondere die hohe Abwanderungsquote jüngerer, gut gebildeter Menschen der letzten Jahrzehnte⁹ hat die Bevölkerungsstruktur verändert – Überalterung und Schrumpfungprozesse sind in Ostdeutschland deutlicher ausgeprägt als dies in Westdeutschland der Fall ist.

Zudem wirken verschiedene Aspekte, die sich auf die DDR-Vergangenheit rückbeziehen lassen, bis heute fort. Dazu gehören primäre und sekundäre Sozialisierungseffekte, die die Mentalitäten und Haltungen, etwa zur Demokratie und zum Parteiensystem, bis heute beeinflussen (Best et al. 2014; Gabriel 2008; Göschel 1999). Die Wirksamkeit der DDR-Sozialisation wird quasi verstärkt durch die teilweise traumatischen Wendeerfahrungen mit der Entwertung ganzer Lebensentwürfe (Best et al. 2014). Selbst in der Generation, die den Umbruch in ihrer Kindheit und Jugend erlebt haben, wirken diese Erfahrungen bis heute nach (Rippl 2020). Kollmorgen (2010) sieht die „kollektiven Demütigungen“ (Kollmorgen 2010), die die Menschen in Ostdeutschland erlebt haben und erleben, als Ursache von Frustration und Wut abseits eigener realer Deprivationserfahrungen. Bis heute bestehen ungleiche Lebens-

9 „In der Gesamtbilanz aus Binnenwanderung und natürlicher Bevölkerungsentwicklung mussten die ostdeutschen Bundesländer einschl. Berlin einen Rückgang ihrer Einwohnerzahl im Zeitraum von 1991 bis 2012 von rund 2 Millionen Personen verkraften. Innerhalb von 23 Jahren ist die Bevölkerung um etwa 11 Prozent geschrumpft. Diese Entwicklung ist im europäischen und internationalen Vergleich einzigartig.“ Hinzu kommt der Effekt der Abwanderung, die bereits vor der Wende stattgefunden hat (vgl. BMWI (o.J.). Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West schaffen. Zugriff am 08. Februar 2021 unter https://www.beauftragter-neu-laender.de/BNL/Navigation/DE/Themen/Gleichwertige_Lebensverhaeltnisse_schaffen/Demografie/Demografische_Situation/demografische_situation.html).

bedingungen zwischen Ost- und Westdeutschland fort.¹⁰ Diese negativen Nachwenderfahrungen gestalten die Identifikation mit dem neuen politischen System bis heute in Teilen der Bevölkerung ambivalent. In einer aktuellen Allensbach-Umfrage hielten nur 42 Prozent der Ostdeutschen (77 Prozent der Westdeutschen) die Demokratie für die beste Staatsform.¹¹ Die Enttäuschung über die nicht eingetretenen Wohlstandsversprechungen („blühende Landschaften“) begünstigt eine systemkritische Haltung. So wird Kritik an der Flüchtlingspolitik im Osten Deutschlands deutlich häufiger mit einer allgemeinen Systemkritik verbunden, als dies in Westdeutschland der Fall ist („Merkel muss weg“). Die politische Führung und die Eliten werden in stärkerem Maße alleine verantwortlich gemacht für die Lösung komplexer Probleme und dementsprechend sind sie eher Ziel einer pauschalen Kritik, wenn Erwartungen nicht erfüllt werden. Hier spiegeln sich auch Reaktionsmuster, die auf Erfahrungen mit politischer Führung im System der DDR verweisen (Geipel 2018). Es findet sich eine im Vergleich stärkere Hinwendung zur Idee des starken Staates und eine größere Verbreitung des Wunsches nach „autoritären Lösungen“ für komplexe Probleme (Babka von Gostomski et al. 2007).

Decker et al. (2020: 52) finden in Ostdeutschland ein signifikant höheres Niveau an Zustimmung zur Dimension „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ als in Westdeutschland. Einen ähnlichen Befund berichten auch Zick, Küpper und Berghan (2019: 254). In beiden Studien finden sich die größten Ost-West-Unterschiede im Bereich der Zustimmung zur Diktatur und zum Ethnozentrismus. Best et al. (2014) konnten anhand der Daten des Thüringen Barometers eine deutliche Verbindung einer positiven Haltung zur DDR-Vergangenheit mit einer positiven Bewertung von autoritären Führungsstrukturen belegen. Ähnliche Befunde präsentiert auch Campbell (2012). In der DDR führte der „verordnete Antifaschismus“ zu einer mangelnden Auseinandersetzung mit den Folgen des Nationalsozialismus in der Bevölkerung – etwa der vorhandenen völkisch-rassistischen Gefühlswelt der Bevölkerung nach dem Krieg. Der „verordnete Antifaschismus“ wies die Verantwortung an den Verbrechen der NS-Vergangenheit Westdeutschland zu, die Frage nach Schuld und Verantwortung der eigenen Bevölkerung wurde nicht thematisiert (Heitzer et al. 2018). Die ideologische Schuldabwehr, die aus dem Gründungsmythos der DDR als antifaschistischer Staat qua Deklaration hervorgehe und eine Auseinandersetzung mit Schuld und Verantwortung verhindert habe, sei eine wesentliche Voraussetzung für den starken Zulauf zu den heutigen völkischen Strömungen Pegida und AfD in Ostdeutschland (Poutrus et al. 2000; Kahane 2018). In diesen Diskussionssträngen spiegelt sich der „Widerstreit“ zwischen Autoritarismus- und Defizit- bzw. Protestargumenten zur Erklärung aktueller Entwicklungen wider, wobei beide Erklärungsfaktoren in Ostdeutschland in spezifischer Weise aufgeladen und verstärkt werden.

Bezogen auf die spezifische Situation in Ostdeutschland kann davon ausgegangen werden, dass autoritäre Haltungen, die sich u. a. durch eine mangelnde Auseinandersetzung mit der prägenden Wirkung der Folgen der Sozialisation in einer Diktatur ergeben (Haag 2017; Nichelmann 2019), sowie die negativen Wende- und Degradierungserfahrungen und deren Folgewirkung bis heute eine Hinwendung zu ethnozentrischen und staatsautoritären Ein-

10 BMWI (2018). Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018. Zugriff am 08. Februar 2021 unter <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2018.html>.

11 Zeit Online (2019). Ostdeutsche vertrauen der Demokratie weniger als Westdeutsche. Zugriff am 08. Februar 2021 unter www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-01/allensbach-umfrage-ostdeutsche-vertrauen-demokratie-marktwirtschaft?.

stellungen bestärken können. Zumeist beschränkt sich die empirische Forschung auf das Konstatieren der Ost-West-Unterschiede – eine empirische Dekonstruktion der Wirkmechanismen, die sich hinter dem Label „Ostdeutsch“ verbergen, erfolgt allerdings kaum. Einen solchen Ansatz verfolgt der vorliegende Text. Die Hypothese 3 lautet:

H 3 Autoritäre Reaktions-Hypothese: Der Kontext „Ostdeutschland“ wirkt als Katalysator rechter Einstellungen, diese lassen sich nicht primär auf Defizitmotive zurückführen. Autoritäre-ideologische Motive als Ergebnis einer autoritären Sozialisation spielen ebenso eine signifikante Rolle. Gefühle des Zurückgesetztseins spiegeln somit eine autoritäre Reaktion auf diese Erfahrungen, die durch sozialisierte autoritäre Dispositionen ausgelöst wird.

4 Stichprobe und Methoden

Datengrundlage der folgenden Analysen ist der Sachsen-Monitor von 2017. Es handelt sich dabei um eine Bevölkerungsumfrage sächsischer Bürger*innen zur Beobachtung der Einstellungen zu gesellschaftlichen und politischen Themenfeldern, die von der Sächsischen Staatsregierung beauftragt wurde. Die vorliegenden Daten wurden im Juli und August 2017 erhoben. Befragt wurden 1.006 Personen ab 18 Jahren mittels eines standardisierten Fragebogens im Rahmen von computergestützten, face-to-face geführten Interviews (Computer Assisted Personal Interview, CAPI). Die Befragten wurden mittels des Random-Auswahlverfahrens (ADM-Design) ausgewählt. Es handelt sich um eine mehrfach geschichtete, mehrstufige Zufallsstichprobe.¹² Die Erhebung wurde von dimap, Bonn durchgeführt.

Der Fragebogen enthielt Fragenkomplexe zu Einstellungen zur Demokratie und Politik, wirtschaftlicher Zufriedenheit und Besorgnissen und zum politischen Engagement. Ebenso wurde ein Instrument zur Erfassung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit von Heitmeyer (2005) eingesetzt. Der genaue Wortlaut aller verwendeten Items findet sich im Ergebnisbericht des Sachsen-Monitors 2017.¹³ Zur Prüfung der formulierten Hypothesen wurden die folgenden Instrumente verwendet.

Zur Operationalisierung der „besorgten Bürger*innen“ wurde ein einstellungs- und kein gruppenbezogener Zugriff gewählt. Es wurde dabei die Zustimmung zu dem Item „Deutschland ist durch Ausländer gefährlich überfremdet“ verwendet. Für dieses Item lag eine vier-stufige Antwortskala vor: „1 stimme voll zu“, „2 stimme eher zu“ und „3 stimme eher nicht zu“, „4 stimme gar nicht zu“. Als „Besorgte“ gelten im Folgenden die Personen, die die Antwortvorgabe 1 oder 2 gewählt haben.

Die wirtschaftliche Deprivation wurde durch drei verschiedene Aspekte erfasst: das Einkommen, die Sorge um die eigene wirtschaftliche Lage (Mikrobesorgnisse) und die Sorge um Entwicklungen auf gesellschaftlicher Ebene (Makrobesorgnisse). Mit dem Haushalteinkommen wurde ein objektiver Indikator verwendet. Dieses wurde ordinal durch die Zuordnung zu Einkommensgruppen erfasst. Eine Berechnung des Äquivalenzeinkommens ist aufgrund dieser Erfassungsart nicht möglich. Da die Messung somit erhebliche Unschärfen

12 Detaillierte Informationen dazu finden sich in: Sachsen-Monitor Ergebnisbericht 2017 unter https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/Ergebnisbericht_Sachsen-Monitor_2017.pdf.

13 Die Herkunft der im Sachsen-Monitor 2017 verwendeten Fragen ist dort leider nicht dokumentiert, sie wurden zum Teil umformuliert und lehnen sich an Items aus verschiedenen eingeführten Instrumenten an. Eine eindeutige Zuordnung zu diesen Instrumenten ist deshalb nicht für alle Items möglich.

aufweist, wurden weitere Indikatoren der wirtschaftlichen Lage berücksichtigt. Als weitere Aspekte wurden die ökonomischen Besorgnisse bezogen auf die Zukunft erhoben, die getrennt mit einem persönlichen und einem kollektiven Bezug erfragt wurden. Mikrobefragungen wurden durch drei Items erfasst, diese umfassen die Sorge um die eigene Rente, den Arbeitsplatz und die Sorge, „dass es einem in Zukunft persönlich schlechter geht“ (Cronbach's Alpha = .79). Auf der Makroebene wurden die Sorgen durch zwei Items erfasst, zum einen mit der Aussage, dass es kommenden Generationen schlechter gehen wird und zum anderen mit der Aussage, dass der Gegensatz zwischen Arm und Reich größer werde. Die Itemkorrelation beträgt .47. Die Antwortvorgabe reichte je von 1 sehr große Sorgen bis 4 keine Sorgen. Nach einer Konsistenzprüfung wurde jeweils eine Mittelwertskala gebildet.

Zur Erfassung politischer Deprivation wurden vier Items verwendet, zwei negativ formulierte Varianten („Politiker wollen nur die Stimmen der Wähler“ und „Leute wie ich haben keinen Einfluss auf die Regierung“) und zwei positiv formulierte Varianten („Politiker bemühen sich um engen Kontakt zur Bevölkerung“ und „Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken“). Nach der Umkodierung von zwei Items und Prüfung der Konsistenz wurde aus den vier Items eine Mittelwertskala „politische Machtlosigkeit“ gebildet, der Cronbach's Alpha beträgt .77.

Autoritäre Weltbilder umfassen verschiedene Dimensionen. In der folgenden Analyse werden drei wichtige Subdimensionen fokussiert: Staatsautoritarismus/Wunsch nach Führung, revisionistischer Nationalismus und gruppenbezogene Intoleranz.

Die demokratiefeindlichen Einstellungen fokussieren Items, die einen starken Staat als Leitbild aufweisen, dementsprechend wird die Dimension im Folgenden als Staatsautoritarismus bezeichnet. Zur Erfassung wurden vier Items verwendet: „Verbrecher sollten härter bestraft werden“, „Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter vorgehen“, „Was Deutschland jetzt braucht ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft repräsentiert“ und „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“. Es gab die vier-stufige Antwortmöglichkeit „1 stimme voll zu“, „2 stimme eher zu“ und „3 stimme eher nicht zu“, „4 stimme gar nicht zu“. Nach Prüfung der Konsistenz (Cronbach's Alpha = .74) wurde eine Mittelwertskala gebildet.¹⁴

Die Dimension revisionistischer Nationalismus wurde mit drei Items erfasst: „Was unser Land braucht, ist ein energisches Durchsetzen der deutschen Interessen gegenüber anderen Ländern“, „Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“ und „Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichte übertrieben“. Es gab auch hier die vier-stufige Antwortmöglichkeit „1 stimme voll zu“, „2 stimme eher zu“, „3 stimme eher nicht zu“ und „4 stimme gar nicht zu“. Der Cronbach's Alpha beträgt .57. Es wurde eine Mittelwertskala gebildet.¹⁵

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird von Heitmeyer (2005) als ein „Syndrom“ beschrieben, das eine Reihe von Motiven der Abwertung von Minderheiten und Frauen umfasst. Das Instrument selbst erwies sich in unserer Analyse als zu heterogen und inkonsistent, um als Skala in die Auswertung einzugehen. Zudem sollte bei der Konstruktion der

14 Die beiden letztgenannten Items wurden in ähnlicher Formulierung in der Mitte-Studie (2019) und in der Leipziger-Autoritarismus Studie (2020) zur Erfassung der Rechtsextremismus-Subdimension „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ verwendet. Die Zusammenführung der Items zum Konzept „Staatsautoritarismus“ lässt sich durch inhaltliche Argumente und den klaren Bezug der Items zu einer autoritären Staatsführung begründen – dies lässt sich empirisch durch die dimensionale Analyse auch belegen.

15 Item 1 und 3 wurden sprachlich leicht verändert, Item 2 entspricht der Formulierung in der Mitte-Studie (2019) und in der Leipziger-Autoritarismus Studie (2020) zur Erfassung von Rechtsextremismus.

Messung der ideologischen, weltbildbezogenen Faktoren eine Überschneidung mit dem Inhalt der abhängigen Variable „Überfremdungsängste“ vermieden werden. Daher wurden im neu konzipierten Index „gruppenbezogene Intoleranz“ Items, die sich explizit auf Ausländer oder Muslime bezogen, ausgeklammert. Es wurden die folgenden Subdimensionen erfasst: „Die Juden haben einfach etwas Besonders und Eigentümliches an sich und passen nicht so zu uns“, „Eine sexuelle Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich“, „Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der anderen ein schönes Leben“ und „Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten“. Es gab wieder die vier-stufige Antwortmöglichkeit „1 stimme voll zu“, „2 stimme eher zu“ und „3 stimme eher nicht zu“, „4 stimme gar nicht zu“. Es ergab sich ein Cronbach's Alpha= .60, es wurde eine Mittelwertskala (Gruppenbezogene Intoleranz) gebildet.

Alle drei Subdimensionen wurden dann zu einer übergeordneten Dimension „autoritäre Weltsicht“ zusammengefasst. Auch hier ergab sich eine ausreichende Konsistenz der drei Teildimensionen. Der Cronbach's Alpha beträgt .72.

Das Gefühl mangelnder Anerkennung als Ostdeutsche(r) wurde durch zwei Items erfasst: „Ostdeutsche sind in Deutschland Bürger 2. Klasse“ und „Die Leistung der Ostdeutschen für den Aufbau der neuen Länder wird zu wenig anerkannt“. Auch hier gab es die vier-stufige Antwortmöglichkeit „1 stimme voll zu“, „2 stimme eher zu“, „3 stimme eher nicht zu“ und „4 stimme gar nicht zu“.¹⁶ Die Prüfung der Konsistenz ergab eine Iteminterkorrelation von .40. Es wurde wiederum eine Mittelwertskala gebildet, die mit dem Label „Ost-Deprivation“ versehen wurde.

5 Ergebnisse

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Analyse der Größenordnung der Personengruppe der „besorgten Bürger*innen“. Wie dargelegt werden Personen, die sich Sorgen um eine „Überfremdung“ Deutschlands machen (den Items zustimmen bzw. eher zustimmen), als „besorgte Bürger*innen“ gefasst. In der Stichprobe trifft das auf 58,6 Prozent der befragten sächsischen Bürger*innen zu (siehe Abbildung 1). Wie erwartet ist der Personenkreis der besorgten Bürger*innen deutlich größer als der Kreis von Personen, der ein verfestigtes rechtsextremes Weltbild aufweist. Decker et al. (2020: 51) attestieren deutschlandweit 4,3 Prozent ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, in Ostdeutschland sind es 9,5 Prozent.

Betrachtet man auf deskriptiver Ebene die demografischen Merkmale der Gruppe der „besorgten Bürger*innen“ im Vergleich zu den restlichen Befragten, zeigt sich, dass sich in dieser Personengruppe etwas mehr Frauen als Männer befinden. Das Durchschnittsalter der „besorgten Bürger*innen“ ist höher als das der Referenzgruppe, das Bildungsniveau und das Haushalteinkommen¹⁷ sind niedriger (siehe Tabelle 1).

16 Eine ähnliche Operationalisierung findet sich bei Klein/Küpper/Zick (2009).

17 Da in der Studie kein Äquivalenzeinkommen erhoben wurde, ist diese Angabe nur bedingt aussagekräftig – sie deckt sich aber mit Befunden anderer Analysen (Rippl/Seipel 2018; Lux 2018).

Abbildung 1: Besorgte Bürger*innen in Sachsen – prozentuale Anteile gewichtet nach Alter und Geschlecht, N=968

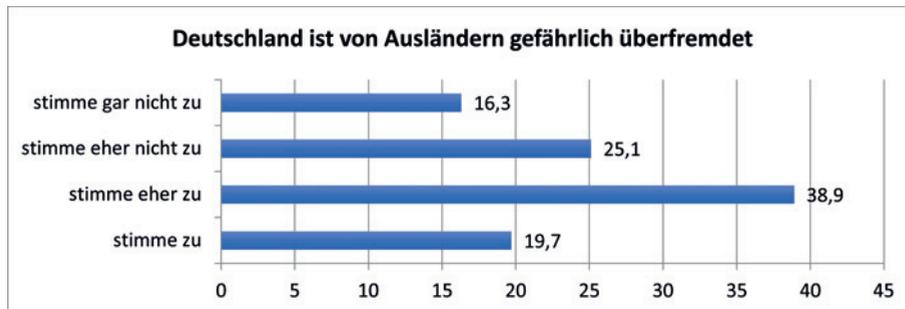


Tabelle 1: Demografische Merkmale der „besorgten Bürger*innen“ gewichtet nach Alter und Geschlecht, alle Unterschiede sind signifikant $p < .01$

	Besorgte N=567	Referenzgruppe N=401
Frauenanteil (in Prozent)	53,7	49,3
Alter (Mittelwert)	52,6	48,8
Haushaltseinkommen (Mittelwert, Wertebereich 1 – 5)	2,63	3,03
Bildungsniveau (Mittelwert, Wertebereich 1 – 5)	2,98	3,60

Auch hinsichtlich relevanter Einstellungsmerkmale unterscheiden sich die beiden Gruppen signifikant voneinander. Die Unterschiede zeigen sich bezogen auf die Einstellungen, die der Defizit-Hypothese zuzuordnen sind (ökonomische Sorgen und politische Machtlosigkeit), ebenso wie hinsichtlich der Einstellungskomplexe, die der Ideologie-Hypothese (rechtsextremen Einstellungen) zuzuordnen sind. „Besorgte Bürger*innen“ fühlen sich politisch machtloser, sie haben eher rechtsextreme Einstellungen, sie haben signifikant mehr Besorgnisse, sie sehen zudem die DDR seltener als Unrechtsstaat und fühlen sich häufiger als „Bürger zweiter Klasse“ (siehe Tabelle 2). Die Selbstbeschreibung der „besorgten Bürger*innen“ als ganz normale Bürger*innen greift offensichtlich zu kurz, wenn man den Durchschnitt der restlichen Bevölkerung als Referenz verwendet – es zeigen sich deutliche Unterschiede zur restlichen Stichprobe. Ein ähnliches Profil finden auch Celik, Decker und Brähler (2020: 169) sowie Küpper, Krause und Zick (2019: 138 f.) für die Gruppe der AfD-Sympathisant*innen.

Tabelle 2: Einstellungsmerkmale der „besorgten Bürger*innen“ (Mittelwerte, Wertebereich 1 - 4; hoher Wert = starke Ausprägung bzw. Zustimmung)

	Besorgte N=567	Referenzgruppe N=401
Defizit		
Politische Machtlosigkeit	3,31**	2,63
Ökonomische Mikrosorgen	2,46**	2,02
Ökonomische Makrosorgen	3,14**	2,82
Autoritäre Ideologie		
Autoritäre Weltsicht**	2,60**	2,07
Nationalismus	2,20**	1,70
Gruppenbezogene Intoleranz	2,40**	1,86
Staatsautoritarismus	3,21**	2,64
DDR war ein Unrechtstaat	2,24**	2,53
Ost-Deprivation	2,75**	2,27

*gewichtet nach Alter und Geschlecht, alle Unterschiede sind signifikant $p < .01$; ** Skala aus den drei Subdimensionen Nationalismus, gruppenbezogene Intoleranz und Staatsautoritarismus

Um in einem nächsten Schritt mögliche Wechselwirkungen der Variablen untereinander ebenso wie demografische Kompositionseffekte der beiden Gruppen zu kontrollieren, wird der Zusammenhang der demografischen Merkmale sowie der relevanten Einstellungskomplexe im Rahmen einer OLS-Regressionsanalyse als Prädiktoren für Überfremdungsängste analysiert und kontrolliert. In diesem Rahmen können zudem die postulierten Hypothesen vergleichend geprüft werden. Es wird eine schrittweise Vorgehensweise gewählt, um die jeweiligen Partialisierungseffekte nachvollziehen zu können. Anhand der Variable „Ost-Deprivation“ kann der jeweilige Dekompositionseffekt der Variablenblöcke „Defizit“ versus „Autoritäre Ideologie“ hinsichtlich des spezifischen Einflusses der „Osterfahrungen“ vergleichend analysiert werden (Hypothese 3). Im ersten Schritt (Modell 1) werden die „objektiven“ Prädiktoren eingefügt, um nachfolgende Effekte um mögliche Kompositionseffekte zu bereinigen. Es zeigt sich ein signifikanter starker Effekt der Bildungsvariable – höher Gebildete haben unabhängig vom Einkommen (welches gleichzeitig kontrolliert wird) geringere Überfremdungsängste. Im zweiten Modell wird dann der Effekt ostdeutscher Deprivationserfahrung unter Kontrolle der demografischen Variablen ermittelt. Es zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen der Ost-Deprivation und den „Überfremdungsängsten“. In den nun folgenden Modellen wird versucht, den Mechanismus, der Ostdeprivation mit Überfremdungsängsten verbindet, durch die in den Hypothesen postulierten Ursachen präzisier „aufzuklären“. Wenn der Effekt der Ostdeprivation in den Modellen sinkt, ist dies ein Indiz für die Relevanz des eingefügten Variablenkomplexes. Im Modell 3 wird der Effekt der Defizitvariablen (also der ökonomischen und politischen Teilhabe) auf die Ost-Deprivation kontrolliert. Die ökonomischen Mikrosorgen und vor allem die politische Machtlosigkeit zeigen signifikante Effekte – dies bestätigt Hypothese 1. Es zeigt sich zudem, dass diese Defizit-Aspekte einen substanziellen Anteil der Ost-Deprivation aufklären – der Effekt dieser Variable wird im Modell 3 deutlich reduziert (von .315 auf .189). In Modell 4 wird zusätzlich der Effekt der autoritären Ideologie kontrolliert, auch dieser Variablenkomplex zeigt deutlichen Einfluss (Hypothese 2) – wiederum wird der Effekt der Ost-Deprivation weiter deutlich

reduziert (von .189 auf .085). Auch die autoritäre Weltsicht – wie in Hypothese 3 postuliert – hat einen bedeutsamen Anteil an der Erklärung des Effektes der Ost-Deprivation.

Tabelle 3: OLS-Regression: Abhängige Variable „Überfremdungsängste“ (beta-Koeffizienten)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Geschlecht	.018	.011	.003	.002	.006
Alter	.045	.008	.040	.019	.022
Bildungsniveau	-.338**	-.284**	-.211**	-.094**	-.097**
Haushalteinkommen	-.009	-.010	-.058	-.024	-.021
Ost-Deprivation		.315**	.189**	.085**	.080**
Defizit					
Ökonomische Mikrosorgen			.119**	.087**	.090**
Ökonomische Makrosorgen			.040	.002	.007
Politische Machtlosigkeit			.345**	.270**	.262**
Autoritäre Ideologie					
Skala „autoritäre Weltsicht“					.408**
Gruppenbezogene Intoleranz				.205**	
Nationalismus				.173**	
Staatsautoritarismus				.128**	
Korrigiertes R-Quadrat	.12	.21	.32	.45	.44

**signifikant $p < .01$; $N = 968$

Diese Reduzierung des beta-Koeffizienten deutet daraufhin, dass die Gefühle der Ost-Deprivation zu einem nicht unerheblichen Teil mit dem Wunsch nach einer autoritären Ordnung verknüpft sind. Im Modell 4 sind die Subdimensionen der autoritären Weltsicht einzeln einbezogen, um Einzeleffekte zu trennen. Die gruppenbezogene Intoleranz erweist sich als stärkste Subdimension. Der Effekt ist nicht verwunderlich, da die inhaltliche Nähe dieses Konzeptes zur abhängigen Variablen am größten ist. Allerdings belegt dieser Befund, dass Ängste vor Überfremdung mit einer autoritären Grundhaltung bzw. mit der hier gemessenen Intoleranz gegenüber ganz verschiedenen anderen gesellschaftlichen „Randgruppen“ verbunden ist. Auch Nationalismus und Staatsautoritarismus zeigen deutliche signifikante Effekte. In Modell 5 wird nun die Skala eingefügt, die die autoritäre Weltsicht gebündelt erfasst. Die Stärke des Effektes der „autoritären Weltsicht“ ist beachtlich, wurde doch bei der Operationalisierung explizit auf die Items verzichtet, die sich auf Ausländer oder Muslime bezogen. Verzichtet man auf die Subdimension „gruppenbezogene Intoleranz“ bei der Skala „autoritäre Weltsicht“, um mögliche Verzerrungen durch Überlappungen der unabhängigen und abhängigen Variable völlig auszuschließen, behält die autoritäre Weltsicht mit einem beta-Koeffizient von .361** weiterhin den stärksten Effekt (nicht in Tabelle 3 dargestellt).

Die wichtigsten Prädiktoren im Modell 5 sind die autoritäre, geschlossene Weltsicht und die politische Machtlosigkeit. Bezieht man die Befunde nun auf die Hypothesen, so zeigt sich, dass der Protest gegen empfundene Defizite sowie autoritäre Ideologien relevant sind. Ökonomische Aspekte spielen eine vergleichsweise geringe Rolle. Die Selbstzuschreibung

der „besorgten Bürger*innen“, die allein den Protest gegen reale Missstände und Defizite als Motiv für sich proklamieren, greift offensichtlich zu kurz. Auch scheint die Rolle ökonomischer Wendefolgen überschätzt. Die Ost-Deprivation wird in hohem Maße durch ein Gefühl mangelnder politischer Repräsentanz ebenso wie durch autoritäre Weltbilder erklärt. Die politische Machtlosigkeit spielt eine signifikante Rolle, aber die Besorgnisse sind keineswegs allein ein Zeichen des Protests, etwa gegenüber der Zuwanderungspolitik der Regierung. Der sehr relevante Einfluss rechtsautoritärer Weltansichten spiegelt die Rolle fundamentalerer Grundhaltungen und Mentalitäten, nämlich Bedürfnisse nach autoritären Führungsstrukturen und einer homogenen Gesellschaft.

6 Fazit

Sachsen steht immer wieder im Fokus, wenn es um Rechtspopulismus oder Rechtsextremismus geht. Die Ereignisse von Chemnitz im August 2018 stellen dabei einen „Höhepunkt“ dar – allerdings haben die Wahlergebnisse der NPD Anfang der 2000er-Jahre und heute der AfD oder auch die hohe Anzahl fremdenfeindlicher Übergriffe schon längere Zeit auf eine besondere Situation in Ostdeutschland und insbesondere in Sachsen verwiesen. Bei der Frage nach den Ursachen stößt man schnell auf die Vielschichtigkeit des Phänomens und die kumulierende Wirkung verschiedener Kontextfaktoren. Im vorliegenden Beitrag konnte mithilfe der Daten des Sachsen-Monitors 2017 ein Blick auf diese Situation geworfen werden. Hier sei einschränkend darauf hingewiesen, dass die Daten des Sachsen-Monitors nicht in allen Bereichen umfassende Operationalisierungen ermöglichten, sie stellen aber eine Datenquelle dar, die interessante Einblicke ermöglicht. Ein weiteres Problem stellt die eingeschränkte Datengrundlage dar. Da sich die Analysen nur auf Sachsen beziehen, ergibt sich kein Aufschluss darüber, inwieweit die Befunde „osttypisch sind“. Dafür bräuchte es ergänzende Analysen sowie Daten, die auch Westdeutschland einschließen.

Ausgangspunkt der Analysen war die Frage nach der Motivation der sogenannten „besorgten Bürger*innen“ in Sachsen. Ein Anteil von fast 60 Prozent der Befragten fühlt sich „gefährlich überfremdet“ durch Ausländer*innen, bei einem Ausländer*innenanteil von ca. 5 Prozent in ganz Sachsen. Woher kommen also die „Besorgnisse“, die anschlussfähig an rechte Ideologien sind? Die vorliegenden Erklärungsansätze wurden in zwei Grundpositionen unterschieden: die Defizit-Hypothese versus die Ideologie-Hypothese, die auf ein verfestigtes autoritäres Gedankengut verweist. Die vorgelegten Analysen zeigen, dass autoritäre, nationalistische und menschenfeindliche Haltungen einen bedeutsamen Einfluss auf die Ausprägung von „Überfremdungsängsten“ haben. Als weiterhin relevant erweisen sich Gefühle der politischen Machtlosigkeit als ein Aspekt der Protestmotivation. Wirtschaftliche Motive spielen eine untergeordnete Rolle. Relevant erweist sich auch ein Erklärungsstrang, der auf die Anerkennungsdefizite der Ostdeutschen im Kontext der Wende verweist. Das Gefühl, „Bürger*in zweiter Klasse“ zu sein, ist bei Menschen, die „Überfremdungsängste“ artikulieren, deutlich stärker ausgeprägt, was für die Kompensation eigener Abwertungserfahrungen durch Abwärtsvergleiche spricht. Die Annahme in Hypothese 3, dass empfundene Defizite und autoritäre Ideologie relevante Teilaspekte dessen sind, was gemeinhin mit der

Variable „ostdeutsch“ erfasst wird, wird klar bestätigt. Der Effekt der Variable „Ost-Deprivation“ kann in hohem Maße durch diese beiden Aspekte aufgeklärt werden.

Zusammenfassend finden sich für alle drei postulierten Hypothesen Evidenzen. Es lässt sich festhalten, dass der Begriff der „besorgten Bürger*innen“ ein verharmlosender Ausdruck ist. Bereits die Deskription relevanter Merkmale zeigt signifikante demografische, aber auch motivationale Unterschiede der besorgten Bürger*innen im Vergleich zur restlichen Stichprobe. Ein Befund, der sich in der Leipziger Autoritarismus-Studie (Celik/Decker/Brähler 2020: 169) und der Mitte-Studie (Küpper/Krause/Zick 2019: 138 f.) auch für die Wähler*innen der AfD zeigt. Diese unterscheiden sich ebenfalls in allen Dimensionen rechtsautoritärer Einstellungen deutlich von allen anderen Gruppen. Auch wenn es sich bei den betrachteten Personen „besorgter Bürger*innen“ um eine heterogene Gruppe handelt, in der sich durchaus Personen ohne rechtsextreme oder menschenfeindliche Einstellungen finden, in deren Haltungen sich also tatsächlich eher Protest spiegelt, ist davon auszugehen, dass verfestigte Weltbilder mit dem Wunsch nach einer autoritären Gesellschaftsordnung und einer homogenen Volksgemeinschaft bedeutsame Motivationen darstellen, die eine große Verbreitung in der Gruppe der besorgten Bürger*innen in Sachsen haben. Der in Dresden und Chemnitz immer wieder gehörte Aufruf zum „Widerstand“ spiegelt die Ablehnung der demokratisch verfassten, offenen und pluralistischen Gesellschaft wider. Der Protest im Sinne einer „Notwehr“ gegenüber politischer oder wirtschaftlicher Partizipationsdefizite ist eine relevante Größe, aber keineswegs das alleinige Motiv der „besorgten Bürger*innen“. Selbst bei Personen, die über kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen, besteht eine große Offenheit für solche Orientierungen, wie es sich in den mangelnden Berührungspunkten zum offenen Rechtsextremismus offenbart – das zeigen die Beispiele von Chemnitz, Dresden oder die Proteste an der B96 in Ostsachsen. Die Relevanz eines spezifischen Blicks auf die Situation in Ostdeutschland belegt der starke Effekt von ostdeutschen Deprivationsgefühlen – neben autoritären Bedürfnissen spielen dabei besonders Gefühle einer mangelnden politischen Teilhabe eine wichtige Rolle. Auch dieser Befund bestärkt Ergebnisse, die mit anderen Datenquellen belegt wurden (Küpper/Schröter/Zick 2019; Rippl/Seipel 2018; Rippl et al. 2016). Die Vielschichtigkeit von Verstärkungsprozessen und die besonderen Rahmenbedingungen in Ostdeutschland konnten nur im Ansatz beleuchtet werden. Hier bedarf es intensiverer Forschung und komplexerer Forschungsdesigns, um die Relevanz der Kontexte genauer in den Blick zu nehmen.

Literatur

- Babka von Gostomski, Christian; Küpper, Beate & Heitmeyer, Wilhelm (2007). Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland. In Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, Folge 5 (S. 102–128). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Best, Heinrich; Salheiser, Axel & Salomon, Katja (2014). *Demokratie mit doppelter Diktaturvergangenheit*. Wiesbaden/Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Campbell, Ross (2012). Values, trust and democracy in Germany: Still in search of ‘inner unity’? *European Journal of Political Research*, 51, S. 646–670.
- Celik, Kazim; Decker, Oliver & Brähler, Elmar (2020). Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.),

- Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020 (S. 149–178). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Schuler, Julia; Handke, Barbara; Pickel, Gert & Brähler Elmar (2020). Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 27–88). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Diehl, Paula, (2018). Was ist Populismus? Zugriff am 08. Februar 2021 unter <https://www.bpb.de/dia-log/netzdebatte/260878/was-ist-populismus>.
- Dörre, Klaus (2016). Die national-soziale Gefahr. PEGIDA, neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen. In Karl-Siegbert Rehberg; Franziska Kunz & Tino Schlinzig (Hrsg.), *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung?* (S. 259–288). Bielefeld: Transcript.
- Dowling, Emma; van Dyk, Silke & Graefe, Stephanie (2017). Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“. *PROKLA*, 47, S. 411–420.
- Eribon, Didier (2016). *Rückkehr nach Reims*. Berlin: Suhrkamp.
- Gabriel, Oscar. W. (2008). Politische Einstellungen und politische Kultur. In Oscar W. Gabriel & Sabine Kropp (Hrsg.), *Die EU-Staaten im Vergleich* (S. 181–214). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Geipel, Ines (2018). Die politische Krise des Ostens darf keine nationale werden. Interview im Deutschlandfunk. Zugriff am 08. Februar 2021 unter https://www.deutschlandfunk.de/zum-tag-der-deutschen-einheit-2018-die-politische-krise-des.691.de.html?dram:article_id=429585.
- Gessenharter, Wolfgang (2017). Strategien und Einflussphären der Neuen Rechten. In Mechthild Gomolla; Marlene Menk & Ellen Kollender (Hrsg.), *Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland – Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen* (S. 44–60). Weinheim: Beltz Juventa.
- Göschel, Anette (1999). *Kontrast und Parallele – kulturelle und politische Identitätsbildung ostdeutscher Generationen*. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer.
- Haag, Hanna (2018). *Im Dialog über die Vergangenheit. Tradierung DDR-spezifischer Orientierungen in ostdeutschen Familien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018). *Autoritäre Versuchungen*. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (2005). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände, Folge 3* (S. 13–34). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitzer, Enrico; Jander, Martin; Poutrus, Patrice & Kahane, Anetta (Hrsg.). (2018). *Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung*. Zürich: Wochenschau Wissenschaft.
- Inglehart, Ronald. F. & Norris, Pippa (2016). *Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Havnots and Cultural Backlash*. HKS Working Paper No. RWP16–026. SSRN. Zugriff am 08. Februar 2021 unter <https://ssrn.com/abstract=2818659>.
- Jörke, Dirk & Selk, Veith (2017). *Theorien des Populismus zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Kahane, Anetta (2018). Von der ideologischen Schuldabwehr zur völkischen Propaganda. In Enrico Heitzer; Martin Jander; Patrice Poutrus & Anetta Kahane (Hrsg.), *Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung* (S. 264–276). Zürich: Wochenschau Wissenschaft.
- Klein, Anna; Küpper, Beate & Zick, Andreas (2009). Erniedrigte und Feindselige: Rechtspopulismus im vereinigten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik. In Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände, Folge 7* (S. 93–112). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Kollmorgen, Raj (2010). Diskursive Subalternität. Empirie und diskursive Konstruktion der Missachtung Ostdeutscher nach der Vereinigung. In: Moritz Brunn; Frank Ettrich; Jan H. Fahlbusch; Raj Kollmorgen; Thees Spreckelsen & Alexander Thumfart (Hrsg.), *Transformation und Europäisierung* (S. 173–204). Münster/Berlin: LIT.
- Krastev, Ivan (2017). *Europadämmerung. Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Küpper, Beate; Krause, Daniela & Zick, Andreas (2019). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2002–2018/19 In Andreas Zick; Küpper, Beate & Wilhelm Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 117–148). Bonn: Dietz.
- Lengfeld, Holger & Dilger, Clara (2018). Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016. *Zeitschrift für Soziologie* 2018, 47, S. 181–199.
- Lewandowsky, Michael (2017). Was und wie wirkt Rechtspopulismus? *Bürger & Staat*, 1, S. 4–11.
- Lilla, Mark (2017). Das Scheitern der Identitätspolitik. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 62, S. 48–51.
- Lux, Thomas (2018). Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70, S. 255–274.
- Minkenberg, Michael (2017). *The Radical Right in Eastern Europe. Democracy under Siege*. New York: Palgrave Macmillan.
- Nachtwey, Oliver (2016). *Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Nichelmann, Jörg (2019). *Nachwendekinder. Die DDR, unsere Eltern und das große Schweigen*. Berlin: Ullstein.
- Niedermayer, Oskar (2017). *Debatte: Ist die Alternative für Deutschland eine rechtspopulistische Partei?* Zugriff am 08. Februar 2021 unter <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240956/debatte-alternative-fuer-deutschland>.
- Pfahl-Traughber, Armin (2018). Die AfD: Eine rechtsextreme Partei? Zugriff am 08. Februar 2021 unter <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/die-afd-eine-rechtsextreme-partei>.
- Poutrus, Patrice G.; Behrends, Jan C. & Kuck, Dennis (2000). Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 39, S. 15–21.
- Rippl, Susanne; Klein, Marius; Wittenburg, Friederike; Kolb, Julia; Otto, Alina; Gärtner; Ricarda & Hinze, Stefanie (2016). *Pegida und Co. – Erste Ergebnisse einer Telefonumfrage in Chemnitz. Erklärungsansätze und erste Befunde. Forschungsbericht: Technische Universität Chemnitz, Institut für Soziologie*. <https://doi.org/10.13140/rg.2.1.2077.6564>
- Rippl, Susanne (2020). Politische Einstellungen in Ostdeutschland im Wandel: die Generation „Mauerkinder“. *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 69, S. 347–359.
- Rippl, Susanne & Seipel, Christian (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie: Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70, S. 237–254.
- Salzborn, Samuel (2017). *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate & Berghan, Wilhelm (2019). Alles nur ein Problem der Ostdeutschen oder Einheit in Wut und Hass. Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in Ost- und Westdeutschland. In Andreas Zick; Beate Küpper & Wilhelm Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 243–282). Bonn: Dietz.